

Leitantrag zum Kleinen Parteitag der
Christlich-Sozialen Union 2022

**SICHERHEIT,
SOUVERÄNITÄT UND
STÄRKE NEU DENKEN**
**ANFORDERUNGEN AN DEUTSCHLAND
IN EINER NEUEN ZEIT**

Sicherheit, Souveränität und Stärke neu denken

Anforderungen an Deutschland in einer neuen Zeit

I. Unsere Wurzeln und Werte

Aus den Gräueln des Zweiten Weltkrieges hat unser Land eine historische Verantwortung für den Frieden geerbt. Dieser Pflicht zum gedeihlichen, friedlichen und selbstbestimmten Zusammenleben mit unseren Nachbarn und Verbündeten sehen wir uns als Christlich-Soziale Union seit jeher, bis heute und in Zukunft unverrückbar verpflichtet. Der außenpolitische Auftrag der CSU war es stets, auf Basis eines klaren Wertekompasses und aus der Mitte Europas heraus Brücken zu bauen. Dazu gehören vor allem die europäische Einigung, die enge Verbindung zu den Vereinigten Staaten von Amerika, die historische Aussöhnung und die daraus erwachsene Freundschaft mit Frankreich sowie die enge Partnerschaft mit den Staaten Mittel- und Osteuropas. Dies ist das wesentliche Fundament für unser klares Bekenntnis zur Europäischen Union und zum Nordatlantischen Bündnis. Aus unserer historischen Verantwortung und der geopolitischen Lage unserer bayerischen Heimat im Herzen Europas und unseres deutschen Vaterlandes folgt unsere Außenpolitik immer dem Prinzip des Ausgleichs und des Friedens.

II. Zeitenwende in Europa und der Welt

In Europa herrscht wieder Krieg. Mit seinem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat das russische Regime unter dem Aggressor Putin einen Zivilisationsbruch begangen. Mit seinem Vorgehen ist Putin ein Kriegsverbrecher. Die Kriegsverbrechen müssen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag verfolgt werden. Wir stehen fest an der Seite der Ukraine und der ukrainischen Bevölkerung. Wir helfen in der humanitären Not und unterstützen Waffenlieferungen, um den Gräueltaten schnellstmöglich ein Ende zu setzen. Die Bundesregierung ist aufgefordert, in diesem Bereich aktiver zu werden und unbürokratischer zu helfen – wie es unsere NATO-Partner auch tun. Über den Krieg auf europäischem Boden hinaus zeigt sich das Dominanzstreben autoritärer Mächte gegenüber den Demokratien des Westens deutlich wie nie. Es ist unsere Aufgabe als Teil der westlichen Wertegemeinschaft, diesem globalen Machtanspruch entgegenzutreten und unsere Überzeugungen zu verteidigen. Strategische Ansätze wie *Wandel durch Handel* sind gescheitert.

III. Sicherheit, Souveränität und Stärke neu denken

In einer multilateralen Weltordnung kann Außenpolitik niemals eindimensional gedacht werden. Gerade im 21. Jahrhundert müssen wir daher **Innere Stärke, Sicherheitspolitik, Europäische Zusammenarbeit und Internationale Stabilität** zusammen neu denken. Die Christlich-Soziale Union steht für ein bündnis- und

handlungsfähiges Deutschland ein, das sich auf Basis seiner wirtschaftlichen und militärischen Stärke als Motor der transatlantischen Kooperation, als gestaltende Kraft in Europa und verantwortlicher Akteur in der internationalen Gemeinschaft sieht. Dafür braucht es neue Antworten in einer neuen Zeit.

1. Innere Stärke neu denken

Deutsche Energiepolitik krisenfest machen. Die deutsche Abhängigkeit von russischen Energieimporten gefährdet die Souveränität und Preisstabilität unseres Landes. Wir müssen schnellstmöglich ein Maß an Diversifizierung erreichen, das unser Land dauerhaft handlungsfähig und unabhängig hält und hierzu den europäischen Energiebinnenmarkt verstärkt nutzen. Gleichzeitig muss die Versorgungssicherheit gewährleistet und die Bezahlbarkeit für Bürger und Unternehmen sichergestellt werden. Als Sofortmaßnahme braucht es deshalb eine spürbare Energiepreisbremse. Außerdem müssen wir die Kernenergie als Brückentechnologie verlängern, den Aufbau von Flüssiggasterminals massiv vorantreiben und den Fokus auf Heimatenergien wie Wasserkraft, Geothermie, Photovoltaik, Windkraft und Biomasse weiter verstärken. Zudem braucht es einen effektiven Ausbau der Wasserstoffwirtschaft auf Bundes- und Europaebene. Langfristig müssen Deutschland und die EU ihre Palette an Energielieferanten verbreitern. Südliche Wasserstoff- und Gaspipelines sind dafür die Voraussetzung.

Versorgungssicherheit bei Lebensmitteln sicherstellen. Neben dem Energiesektor müssen wir in Europa langfristig auch eine eigenständige Ernährung sicherstellen, ohne von Importen abhängig zu sein. Weder Knappheit noch explodierende Preise dürfen zur Mangel- oder Armutsfalle für die Bevölkerung werden. Um weltweiten Nahrungsmittelengpässen vorzubeugen, müssen wir dabei konsequent die Potentiale der heimischen Landwirtschaft nutzen. Die EU-Verpflichtungen zur Stilllegung von vier Prozent der Ackerflächen ab 2023 müssen jedenfalls temporär ausgesetzt werden. Brachflächen müssen wieder zur Lebensmittelherstellung verwendet werden. Die Schutzräume, die durch unsere Landschaftspflegeprogramme in den letzten Jahren erreicht wurden, müssen berücksichtigt werden.

Eine wehrhafte Gesellschaft für eine wehrhafte Demokratie schaffen. Mehr denn je müssen wir unsere Demokratie und unsere freiheitliche Lebensweise entschlossen verteidigen. Dafür brauchen wir nach innen eine Zivil- und Bürgergesellschaft, die stark im Zusammenhalt ist. Dazu gehört auch die Stärkung einer offenen Diskussions- und Debattenkultur. Wir fördern dafür die Medienkompetenz der Jugend an den Schulen – vor allem im Bereich Sozialer Medien. In diesem Zusammenhang fordern wir den Bund auf, die Initiative zu ergreifen, um staatsgefährdende Desinformation und Informationsmanipulation auch aus dem Ausland aufzudecken, die Öffentlichkeit über Fake-News zu informieren und wirksame Maßnahmen

dagegen zu ergreifen. Die Präsenz der Jugendoffiziere als Bürger in Uniform an den Schulen wollen wir weiter ausbauen und damit das Band zu denen knüpfen, die uns schützen.

Den Zivil- und Bevölkerungsschutz verbessern. Die Corona-Pandemie, die jüngste Flutkatastrophe und außenpolitische Krisen verlangen es, den Zivil- und Bevölkerungsschutz zu evaluieren und weiterzuentwickeln. Dieser Pflicht muss der Bund unverzüglich nachkommen. Kritische Infrastruktur wie Energie- und Kommunikationsnetze müssen besser geschützt werden – auch gegen Cyber-Angriffe aus dem Ausland. An den Bund richten wir den Appell, KMUs und kleinere Behörden bei der Cyber-Sicherheit finanziell mehr zu unterstützen. In Friedenszeiten sollen die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr bei Angriffen auf kritische Infrastruktur und unter der Hoheit des Bundesamtes für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) bei der Abwehr von Angriffen unterstützen können. Eine allgemeine Dienstpflicht ist aus rechtlichen, finanziellen und militärischen Gründen derzeit nicht realistisch. Um das gesellschaftliche Engagement junger Menschen zu stärken, setzen wir uns stattdessen für ein Deutschlandpraktikum im Rahmen der Freiwilligendienste ein, das niedrigschwellig bei sozialen, staatlichen, ökologischen oder zivilgesellschaftlichen Organisationen abgeleistet und von einem attraktiven Anreizsystem begleitet werden kann bzw. das Werben für ein Praktikum im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe wollen wir als zentrale Einrichtung des Zivil- und Bevölkerungsschutzes weiterentwickeln und in seiner koordinierenden Funktion stärken.

Die Wirtschaft gegen Kriegsfolgen stützen. Kriegsfolgen sind auch ökonomische Folgen. Klar ist aber auch, der Krieg darf zu keinem massenhaften Abbau oder Wegzug von Arbeitsplätzen führen. Die Wirtschaft und besonders die von den Sanktionen direkt betroffenen Betriebe brauchen konkrete und substantielle Unterstützung. Daher fordern wir den Bund unter anderem auf, einen regulierten Industriestrompreis einzuführen und die Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß zu veranlassen. Die Unternehmen sind durch eine Stundung der Kosten aus dem Emissionszertifikatehandel vorübergehend zu entlasten. Außerdem bekennen wir uns zur wehrtechnischen Industrie als integraler und unverzichtbarer Bestandteil der Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands und seiner Verbündeten. Dies muss auch auf europäischer Ebene, insbesondere im Rahmen der Taxonomie, berücksichtigt werden.

Humanität und Ordnung gewährleisten. Das furchtbare Elend und grausame Leid der ukrainischen Bevölkerung, das ihr von der russischen Führung aufgezwungen wird, macht uns betroffen und fassungslos. Viele verlieren ihr Leben und noch mehr stehen in den zerstörten Städten und Dörfern vor dem Nichts ihrer Existenz. Ihnen zu helfen, ist für uns als Zeichen christlicher

Nächstenliebe selbstverständlich und Ausdruck unserer Solidarität. Die Bundesregierung ist aufgefordert, für schnelle und unbürokratische Unterstützung der Nachbarländer der Ukraine zu sorgen. Sie schultern die Hauptlast. Die Hilfsbereitschaft der Menschen in Bayern und Deutschland ist groß und ungebrochen. Insbesondere die Kommunen leisten bei der Versorgung der Kriegsflüchtlinge einen wahren Kraftakt. Sie dürfen vom Bund nicht alleine gelassen werden, sondern brauchen eine langfristige und ausreichende finanzielle Unterstützung. Die bis dato vorgesehenen zwei Milliarden Euro reichen dafür nicht aus. Weiter muss der Bund eine Regelung zur Wohnsitzzuweisung treffen, um die Ballungsräume und Städte zu entlasten. Außer Zweifel steht, wir können nur helfen, wenn wir wissen, wer zu uns kommt. Deshalb muss der Bund für eine lückenlose Kontrolle und Registrierung schon beim Grenzübertritt Sorge tragen. Damit Deutschland die Aufgabe als Ganzes bewältigen kann, braucht es eine gerechte Verteilung der Schutzsuchenden zwischen den Ländern nach dem Königsteiner Schlüssel. Auch eine ausgewogene europäische Verteilung ist ein Ziel, auf das die Bundesregierung hinwirken muss.

2. Sicherheitspolitik neu denken

Die Bundeswehr nachhaltig stärken. Wir bekennen uns uneingeschränkt zur Bundeswehr und ihren Soldatinnen und Soldaten. Als Partei der Bundeswehr sind wir stolz auf die Truppe. Wir müssen unsere Streitkräfte fit für die sicherheitspolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts machen. Seit Jahren haben wir uns mit Nachdruck und gegen den Widerstand der SPD für dringend nötige Anschaffungen und Investitionen in die Bundeswehr eingesetzt. Dass die Bundesregierung jetzt ein Sondervermögen auf den Weg bringt, ist bei der veränderten Sicherheitslage in Europa folgerichtig und begrüßenswert. Wir knüpfen unsere Zustimmung zu den 100 Milliarden Euro an die zweckmäßige und ausschließliche Verwendung für die Bundeswehr sowie die garantierte langfristige Einhaltung des Zwei-Prozent-Ziels der NATO. Zu materieller Vollausrüstung und bester Ausrüstung müssen unter anderem die Munitionsbestände der Bundeswehr auf NATO-Vorgaben aufgefüllt, neue Systeme in den Bereichen Heer, Luftwaffe und Marine beschafft und die Fähigkeit zur bodengebundenen Luft- und Drohnenabwehr durch eine eigene Truppengattung ausgebaut werden. Darüber hinaus setzen wir uns für die Verbesserung der persönlichen Ausrüstung der Soldaten und die zügige Einführung eines neuen digitalen Führungssystems ein. Die Truppe braucht einen Cyber-Booster: Die Bundeswehr muss nicht nur im Bereich der Cyberabwehr, sondern auch für Cyberoffensivfähigkeiten gerüstet und entsprechend ausfinanziert sein. Die Universität der Bundeswehr in München soll weiter zur zentralen Forschungsstelle für Cybersicherheit und datengetriebene Krisenfrüherkennung ausgebaut werden. Um die Vorhaben möglichst schnell und zielgerichtet an die Truppe zu bringen, muss das Beschaffungswesen beschleunigt und entbürokratisiert werden. Dazu fordern

wir unter anderem die punktuelle Aussetzung des europäischen Vergaberechts nach den Spielräumen der Lissabonner Verträge sowie die Anhebung des Schwellenwerts für Beschaffungen durch Kommandeure auf 10.000 Euro. Das Sondervermögen Bundeswehr bedarf einer Sonderagentur, die zeitlich befristet für den Zweck der schnellen Umsetzung prioritärer Vorhaben aus dem Sondervermögen neben dem Bundesamt für Ausrüstung, Informationstechnik und Nutzung der Bundeswehr (BAAINBw) eingerichtet wird und über eine schlanke Organisationsstruktur verfügt. Der für den Dienst der Truppe unverzichtbare Reservistendienst soll weiter flexibilisiert und für zivile Mitarbeiter neue Personalentwicklungsmodelle erstellt werden. Wir fordern die Bundesregierung auf, interessierte junge Frauen und Männer zielgenauer für die Bundeswehr anzusprechen und so ungenutzte Potenziale besser zu nutzen. Dazu gehört auch, das Ansehen der Bundeswehr weiter zu verbessern.

Auftrag der Bundeswehr neu justieren. Angesichts des veränderten Bedrohungsszenarios in Europa ist eine noch stärkere Rückbesinnung auf die Bündnis- und Landesverteidigung notwendig. Dies muss sich auch in Ausbildung und Ausstattung der Bundeswehr widerspiegeln. Die Truppe muss mehr Bündnisarmee werden und gleichzeitig Einsatzarmee bleiben. Deutschland muss seiner internationalen Verantwortung weiterhin gerecht werden. Dabei braucht es aber einen Strategiewechsel: Die Maßnahmen der Krisenbewältigung sollten auf den wesentlichen Kern des Problems, wie etwa der Bekämpfung von Terrorismus oder der Responsibility to Protect (R2P), beschränkt bleiben und Vorrang vor weiterreichenden Zielen wie Nation Building haben. Um die Bundeswehr noch fitter für künftige Herausforderungen zu machen, braucht es eine echte Strukturreform. Das im vergangenen Jahr vorgestellte Eckpunktepapier Bundeswehr beinhaltet substantielle Vorschläge, um die Truppe noch schlanker, schneller und flexibler auszurichten, und sollte von der Bundesregierung zügig umgesetzt werden.

Neue Stärke für die NATO schaffen. Die NATO ist der sicherheitspolitische Eckpfeiler unseres Landes und des Verbunds der westlichen Welt. Es ist die Pflicht Deutschlands, ein verlässlicher Bündnispartner zu sein. Deshalb müssen wir das Zwei-Prozent-Ziel zuverlässig und kontinuierlich erfüllen. Unter Anbetracht von Putins Aggression begrüßen wir die Stärkung der NATO-Ostflanke und die damit einhergehende Verlegung zusätzlicher europäischer und amerikanischer Soldaten. Nur so kann die Abschreckungskapazität glaubhaft unterstrichen werden. Die nukleare Teilhabe Deutschlands ist dafür ein weiterer unerlässlicher Pfeiler, zu dem wir unumwunden stehen.

3. Europäische Zusammenarbeit neu denken

Europas Außen- und Sicherheitspolitik einheitlich gestalten. Die EU ist so geschlossen wie selten. Trotzdem fehlt es, um Europa mehr Gewicht zu verleihen, an einer einheitlichen Linie in der Außen- und Sicherheitspolitik. Damit sich das ändert, muss bei außen- und verteidigungspolitischen Fragen

das Mehrheitsprinzip eingeführt werden. Außerdem wollen wir den Außenbeauftragten der EU zu einem europäischen Außenminister weiterentwickeln.

Europa eine neue Verteidigungsarchitektur geben. Der Krieg auf europäischem Boden zwingt die EU, sich von einem rein wirtschaftlichen und diplomatischen auch zu einem verteidigungspolitischen Akteur weiterzuentwickeln. Dafür streben wir eine echte europäische Verteidigungsunion an, die über die Ständige Strukturierte Zusammenarbeit (PESCO), den Koordinierten Jahresbericht zur Verteidigung (CARD) und den Europäischen Verteidigungsfonds deutlich hinausgeht. Wir wollen ein militärisches EU-Hauptquartier zur Durchführung von EU-Missionen gründen, einheitliche Kommandostrukturen schaffen und ein einheitliches Beschaffungswesen mit operationalen Standards sowie kompatibel ausgerüstete nationale Streitkräfte innerhalb der EU anhand der etablierten NATO-Standards ermöglichen. Zentrale multinationale Rüstungsprojekte wie das moderne Luftkampfsystem (FCAS) und der Kampfpanzer der Zukunft (MGCS) müssen auf Augenhöhe mit Frankreich forciert werden, um die europäische Verteidigungs- und Innovationsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Europa muss jetzt die Rahmenbedingungen für eine Ausrüstungsoffensive und eine moderne, innovative, handlungsfähige Verteidigungsunion setzen anstatt sie durch regulatorische Maßnahmen wie eine soziale Taxonomie auszubremsen. Neben einem einsatzfähigen Euro-Korps sollen die EU-Battlegroups zu einer echten, schnell einsatzfähigen EU-Eingreiftruppe weiterentwickelt werden und Deutschland dabei als Rahmennation fungieren. Die Megathemen Cyber und Space stellen auch die EU vor enorme sicherheitspolitische Herausforderungen, die am besten gemeinschaftlich angegangen werden können. Wir unterstützen deshalb den EU-Vorschlag einer gemeinsamen Cyber-Einheit, um Ressourcen und Fachkenntnisse aus EU-Mitgliedstaaten zu bündeln und koordiniert auf große Cyberangriffe reagieren zu können. Zum Schutz kritischer Weltraum-Infrastruktur wie Satelliten setzen wir uns für die Einrichtung einer „EU Space Force“ inklusive militärischer Verteidigungsfähigkeiten ein. Zudem muss Europa einen wirksamen Raketenabwehrschirm entwickeln und ausbauen. Auch die nuklearen Abschreckungsfähigkeiten sollen unter Einbeziehung der europäischen und transatlantischen Partner sowie unter Beibehaltung der nuklearen Teilhabe weiterentwickelt werden. Jegliche Bestrebungen im sicherheitspolitischen Bereich auf EU-Ebene haben das Ziel, europäischer zu werden, aber transatlantisch zu bleiben. Daher wollen wir die Berlin-Plus-Vereinbarung für die Zusammenarbeit zwischen EU und NATO weiterentwickeln.

Europa für die Herausforderungen der Welt wappnen. Europa muss sich gegen aufrückende Weltmächte entschlossen für unsere Regeln des Zusammenlebens von Freiheit, Demokratie und Rechtsstaat einsetzen. Dazu gehört eine offensive und innovative Informationspolitik auch in Drittstaaten. Insbesondere China strebt derzeit die führende Rolle in einer neuen Weltordnung mit von ihm

gesetzten Regeln an. Dies muss der Westen verhindern. Daher brauchen wir nicht nur eine eindeutige China-Strategie der EU, sondern des gesamten Westens. Auch müssen wir mit Ländern des afrikanischen Kontinents eine neue, alle Bereiche umfassende Partnerschaft anstreben und im Nahen Osten und dem Mittelmeerraum mehr Verantwortung übernehmen.

Europas Führung in der Wirtschafts- und Innovationspolitik bewahren.

Europas Einfluss in der Welt liegt heute vor allem auch in seiner wirtschaftlichen Bedeutung und Innovationsmacht. Damit Europa im Bereich Wirtschaft und Sicherheit souverän bleibt, müssen wir vor allem auch im Energiesektor unabhängiger werden. Wir brauchen als Europäer neue strategische Partnerschaften und Energie-Handelsverträge. Zu mehr Autarkie gehört aber auch, die unmittelbaren Abhängigkeiten von mineralischen Rohstoffen wie seltenen Erden und Metallen zu reduzieren. Daher muss eine strategische Reserve für mineralische Rohstoffe aufgebaut werden, die nach den Bedarfen der europäischen Industrie ausgerichtet ist. Gleichzeitig müssen wir bei neuen Innovationen eine Strategie entwickeln, um Ressourcenabhängigkeiten zu vermeiden. Außerdem müssen wir in den nächsten Jahren den digitalen Binnenmarkt vollenden, eine vernetzte, regelbasierte Datenwirtschaft aufbauen und die EU zu einer Innovationsunion weiterentwickeln, die als Talent- und Patentschmiede fungiert. Mit Hilfe europäischer Gesetzgebung haben Startups und kleine und mittlere Unternehmen künftig leichter Zugang zu den großen digitalen Plattformen und können sich mit den großen Datenprovidern, die die digitale Welt in den vergangenen Jahren beherrscht haben, im fairen Wettbewerb messen. Den Freihandel als eine der Grundlagen unseres wirtschaftlichen Erfolgs gilt es weiter zu stärken. Dafür wollen wir ein neues Handelsabkommen mit den USA für strategische Schlüsselbereiche auf den Weg bringen. CETA muss endlich ratifiziert und zu einem CETA+ weiterentwickelt werden. Dafür soll es auch die Bereiche Energieressourcen, Schlüsseltechnologien und Rüstungstechnologien umfassen. Ein stabiler Euro als internationale Leitwährung kann nur durch eine verlässliche monetäre Stabilitätspolitik gesichert werden.

4. Internationale Verantwortung neu denken

Außenpolitische Instrumentarien stärken. Um eine deutsche Außenpolitik aus einem Guss zu ermöglichen, fordern wir die Bundesregierung auf, einen Nationalen Sicherheitsrat einzurichten. Dieser soll die ressortübergreifende Zusammenarbeit bündeln, die Analysefähigkeit und gemeinsame Entscheidungsfindung verbessern und im Kanzleramt angesiedelt sein. Weiter müssen wir Informationspolitik als zentrale Herausforderung für unser politisches System begreifen, die Bevölkerung vor globalen und lokalen Desinformationskampagnen schützen und unsere interessen geleitete strategische Kommunikation verbessern. Um die Stabilität der internationalen Ordnung zu gewährleisten, unterstützen wir die Bemühungen um neue

Abrüstungsabkommen und effektive Rüstungskontrolle, wenn diese international breit getragen sind und keine außenpolitischen Alleingänge darstellen.

China fordert die Weltordnung heraus. China ist für den Westen ein wirtschaftlicher Partner und gleichzeitig systemischer Konkurrent. Wir müssen deutlich Position beziehen, wenn unsere Interessen und Werte in Gefahr sind. Die wirtschaftlichen Interessen Chinas auf unserem Kontinent dürfen uns in keine neue Spirale der Abhängigkeit führen. Wir brauchen eine strategische Wirtschaftspolitik mit China, bei der sicherheitsrelevante Aspekte in den Entscheidungsprozess über Kooperationen mit chinesischen Unternehmen einfließen. Dabei steht der Schutz von kritischer Infrastruktur, geistigen Eigentums und Schlüsseltechnologien vor ausländischer Einflussnahme und Überwachung im Vordergrund.

Eine Wirtschafts-NATO begründen. Die Stärke der westlichen Welt in der engen Partnerschaft zwischen Europa und den USA ist unser Gesellschaftsmodell. Unsere Werte der Demokratie und der Sozialen Marktwirtschaft sind auch Voraussetzung für ökonomische Leistungsfähigkeit. So kommen die Demokratien weltweit zusammen auf über 60 Prozent der gesamten Wirtschaftskraft. Wir müssen deshalb bei den Fragen von Wirtschaft und Innovation die strategische Partnerschaft im Westen vertiefen. Mit der Gründung eines Wirtschaftsverbundes zwischen der Europäischen Union, den USA und weiteren NATO-Staaten plus globalen Playern wie Kanada, Australien, Japan, Südkorea und Israel können wir den freien Welthandel an neue Realitäten anpassen und in strategischen Bereichen die Kooperation intensivieren. Wir legen dafür ökologische, soziale und ethische Standards fest, die das Wirtschaftstreiben der Mitgliedsländer normieren und somit zum internationalen Goldstandard werden. Auch eine engere Kooperation mit Indien und Ländern auf dem afrikanischen Kontinent streben wir an.

Entwicklungszusammenarbeit für den Frieden intensivieren. Eine gute und nachhaltige Entwicklungspolitik nutzt allen Seiten gleichermaßen. Sie ist Krisenpräventionspolitik. Es ist deshalb ein schwerer Fehler der Bundesregierung, die Gelder für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Einwicklung zu kürzen. Dem globalen Süden droht in Folge von Ukraine-Krieg und Dürreperioden eine in jüngster Zeit nicht dagewesene Hungerkatastrophe. Daher müssen die deutschen Beiträge für das Welternährungsprogramm massiv aufgestockt werden, um Nahrungsmittelengpässe, Hungersnöte und daraus resultierende Unruhen und Flüchtlingsströme zu verhindern. Dazu bedarf es Programmen zur Stärkung der Familienplanung sowie Bildung und Gleichstellung von Frauen. Global gesehen muss die EU in ihrer koordinierten Entwicklungszusammenarbeit, vor allem mit Afrika, dem expansiven Engagement von Ländern wie China mit einer attraktiven Alternative begegnen.